

Gerechtigkeit muss wachsen!

Wir tun was für gleiche Bildungschancen und gegen Kinderarmut

Die Herausforderung:

Wer mit offenen Augen durch Thüringen geht, bemerkt Beunruhigendes.

- Aus den Kindergärten berichten die Wohlfahrtsverbände, dass Kinder aus sozial schwachen Familien abgemeldet werden, weil das Landeserziehungsgeld sonst in der Familienkasse fehlt.
- Schulkinder verschwinden in der Mittagspause, wenn die Klassenkameraden beim Essen sitzen. Für das Essengeld reicht es bei ihnen nicht.
- Wenn Eltern knapp bei Kasse sind ist es schnell vorbei mit Flötenunterricht oder Sportverein.

Kinderarmut schleicht sich in unseren Alltag. Sie raubt unseren Jüngsten Chancen und Lebensmut. Der Kindersozialbericht der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag zeigt die Probleme: Jedes vierte Kind in Thüringen ist von staatlichen Sozialleistungen abhängig, weil den Familien das eigene Einkommen fehlt.

Herkunft bestimmt Zukunft – das ist noch immer die Schattenseite des Bildungssystems in Thüringen. Insgesamt bewegt sich die Qualität unserer Schulen im internationalen Mittelmaß, aber die Hürden für arme Kinder sind in Thüringen viel höher als in anderen europäischen Ländern.

In unserer modernen Wissensgesellschaft ist Bildung der beste Garant für ein erfolgreiches Leben. Kinderarmut droht durch ein ungerechtes Bildungssystem zu einer Sackgasse zu werden.

Was wir ändern werden:

Die Gerechtigkeit in diesem Land muss wachsen. Das erfordert klare politische Entscheidungen. Wir wollen gerechte Chancen von Geburt an. Wir wollen eine Gesellschaft, die vorsorgt, Armut beseitigt und für alle gleichwertige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

Wir wollen ein Bildungssystem, das niemanden zurücklässt. Bildung entscheidet über die Chancen jedes Einzelnen in unserer Gesellschaft. Bildungszugang und Bildungserfolg müssen unabhängig von der sozialen Herkunft für alle gleichermaßen möglich sein. Für uns ist der Erwerb von Bildung und Wissen ein

offener, das gesamte Leben begleitender Prozess. In der frühen Kindheit werden dafür die Fundamente gelegt. Wir treten deshalb für deutliche Verbesserungen im Bereich der frühkindlichen und schulischen Bildung ein.

Wir sorgen für gute frühkindliche Bildung und einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab Eins. Schrittweise werden Kinderkrippen und Kindergärten beitragsfrei. Unser Modell der neuen Gemeinschaftsschule garantiert längeres gemeinsames Lernen.

Die Weichen für gerechte Chancen müssen früh gestellt werden. Wir werden deshalb auch den Kinderschutz und die Jugendhilfe auf kommunaler sowie auf Landesebene stärken und durch landesgesetzliche Regelungen für eine verlässliche und partnerschaftliche Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe sorgen.

Mit einem gesetzlichen Mindestlohn verbessern wir die Familieneinkommen und wir sorgen für kindgerechte Regelsätze bei Sozialleistungen.

So sieht eine bessere Zukunft aus: sozial und demokratisch.

Was wir konkret umsetzen werden:

- **Kinderschutz ausbauen:** Kinderschutz hat im Land und den Kommunen Vorfahrt. Das Kinderschutzgesetz der SPD-Landtagsfraktion sieht deshalb vor: Ausbau der Prävention und niedrigschwelliger Hilfen, Einsatz von Familienhebammen als Regelangebot der Jugendhilfe, verlässliche Zusammenarbeit aller bestehenden Hilfsangebote für gefährdete Familien, Teilnahme aller Kinder an den Früherkennungsuntersuchungen und regelmäßige Berichterstattung zum Stand des Kinderschutzes.
- **Eltern fördern:** Elternverantwortung und öffentliche Verantwortung für das Kindeswohl sind kein Widerspruch, sie bedingen einander. Deshalb wollen wir Elternbildung, Familien- und Erziehungsberatung ausbauen. Tageseinrichtungen für Kinder und Schulen machen wir zu direkten Anlaufstellen der Eltern, die Hilfe suchen.
- **Existenznot verhindern, gesundes Aufwachsen gewährleisten:** Wir wollen, dass kein Kind hungert oder aufgrund eines geringen Familieneinkommens auf ungesunde und unzureichende Nahrung angewiesen ist. Der wichtigste Schritt sind existenzsichernde Einkommen. Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn. In gemeinsamer Verantwortung von Bund und Land wollen wir eine bedarfsgerechte Erhöhung der Regelsätze des SGB II und XII erreichen. Darüber hinaus sollen Land und Kommunen für bedürftige Kinder kostenfreies Essen in Tageseinrichtungen sowie in Grund- und Förderschulen gewährleisten.
- **Bildungsbenachteiligung in der Schule vermeiden:** Der Erwerb zusätzlicher Schulbücher und des benötigten Arbeitsmaterials überfordert viele einkommensschwache Familien. Dies gilt ebenso für die Teilnahme an schulischen Veranstaltungen, Ferienfreizeiten, Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit einschließlich der kulturellen Kinder- und Jugendbildung und Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung. Wir wollen eine Ausweitung der einmaligen Leistungen im Rahmen der Novellierung des SGB II für eine bedarfsgerechte Einschulungsausstattung und die Teilnahme an schulischen

- **Veranstaltungen.** In gemeinsamer Verantwortung von Land und Kommunen soll die Teilnahme bedürftiger Kinder und Jugendlicher an den Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit und der außerschulischen Jugendbildungsangebote sichergestellt werden.
- **Stärkung der frühkindlichen Bildung:** Unsere Kinder verdienen bestmögliche Bildungschancen von Anfang an. Deshalb muss die Bildungsfunktion von Kinderkrippen und Kindergärten wesentlich gestärkt werden. Ein wichtiges Instrument, um dieses Ziel zu erreichen, ist ein wirksamer Bildungsplan. Wir wollen, dass die notwendigen materiellen und personellen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit der Thüringer Bildungsplan vor Ort erfolgreich umgesetzt werden kann. Deshalb garantieren wir 2.000 zusätzliche Erzieherinnenstellen an den Thüringer Kindergärten und -krippen. Aus der erweiterten Bildungsfunktion der Kindertagestätten erwachsen zudem beträchtliche neue Anforderungen für die Erzieher. Darum heben wir durch neue Ausbildungsgänge und durch Weiterbildungsangebote ihre Ausbildung schrittweise auf Fachhochschulniveau – so, wie das international schon seit langem üblich ist. Familien können sich darauf verlassen, dass wir ihren Wunsch nach besserer Kinderbetreuung umsetzen. Wir investieren wieder in gute Kindergärten und motiviertes Personal und garantieren einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab Eins.
- **Längeres gemeinsames Lernen:** Wir wollen ein Schulsystem, das niemanden aussortiert. Unser Modell dafür ist die Thüringer Gemeinschaftsschule mit individueller Förderung und gemeinsamem Lernen aller Schüler bis einschließlich Klassenstufe 8. Innerhalb von 5 Jahren soll es Gemeinschaftsschulen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten geben. An ihnen wird eine neue Lernkultur gelebt: Im Mittelpunkt aller Bemühungen stehen die einzelnen Schülerinnen und Schüler sowie deren Lernerfolge. Kinder und Jugendliche mit Handicaps werden integriert und bestmöglich gefördert. Lehrerinnen und Lehrer wollen wir entlasten. Sozialpädagogen ergänzen die Lehrerkollegien und konzentrieren sich auf die soziale und psychosoziale Betreuung der Schülerinnen und Schüler.
- **Mehr Ganztagsangebote:** Um Familien besser zu unterstützen, aber auch, um dem Lernen und der individuellen Förderung mehr Zeit zu geben, wollen wir die schulischen Ganztagsangebote bedarfsgerecht weiter ausbauen. Das bedeutet auch, in Thüringen endlich die für einen zeitgemäßen schulischen Ganztagsbetrieb notwendigen materiellen und personellen Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir werden daher das durch die Vollzeitverbeamtung von Lehrern entstehende Personalplus gezielt für Ganztagsangebote einsetzen.
- **Schule und Arbeitswelt besser verzahnen:** Auch leistungsschwächeren Schülern müssen wir den Weg in eine qualifizierte Berufsausbildung eröffnen. Deshalb knüpfen wir die Verbindung von Schule und Betrieben enger als bisher. Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung sollen künftig konsequent an allen Schulformen durchgeführt werden. Projektunterricht, Betriebspraktika und Berufsberatung werden in den Schulen fortan fester Bestandteil werden.
- **Bessere Lehrerbildung:** Die Bewältigung des Schulalltags und der Umgang mit heterogenen Lerngruppen stellen unsere Pädagogen vor große Herausforderungen. Darauf müssen sie besser vorbereitet werden als bisher. Wir wollen, dass die Vermittlung pädagogischer, didaktischer und sozialer

Kompetenzen in der Lehrerausbildung künftig eine weit stärkere Rolle spielt. Bereits zu Beginn ihres Lehramtsstudiums müssen Pädagogen die Chance haben, möglichst vielfältige Praxiserfahrungen zu sammeln. Die SPD-Landtagsfraktion wendet sich zudem gegen eine Hierarchisierung der unterschiedlichen Lehrämter. Für uns sind alle Pädagogen gleich wichtig und gleichwertig – egal, ob es sich um Grundschul-, Regelschul- oder Gymnasiallehrer handelt. Daher setzen wir uns für eine gleiche Studiendauer und für den Master-Abschluss aller Lehrämter ein. Damit nicht genug: Als Perspektive einer zeitgemäßen, zukunftsorientierten Lehrerausbildung steht für uns der Abschied vom schulartbezogenen Lehramtsstudium und die Einführung an Schulstufen orientierter Studiengänge – Lehramt für die Primarstufe, Lehramt für die Sekundarstufe I, Lehramt für die Sekundarstufe II. Auch dies ist ein wichtiger Schritt zur Überwindung des sozial ungerechten gegliederten Schulsystems.

- **Benachteiligung frühzeitig erkennen und abbauen - Jugendberufshilfe und Schulsozialarbeit flächendeckend gewährleisten:** Durch frühzeitige individuelle Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher sowie Verzahnung der Angebote von Schule und Jugendhilfe wollen wir erreichen, dass jeder Jugendliche den Übergang von Schule zur Arbeitswelt erfolgreich bewältigt. Das setzt gemeinsame Verantwortung und Finanzierung von Land und Kommunen, verlässliche und partnerschaftliche Zusammenarbeit und den Ausbau der bisher nur partiell vorhandenen Strukturen (vgl. z.B. Kompetenzagenturen und Schulsozialarbeit) voraus.
- **Kommunen in ihrer Verantwortung als maßgebliche Träger der Jugendhilfe unterstützen – Mitverantwortung des Landes ausbauen:** Wir wollen die Mitverantwortung des Landes für die Qualität und den gleichmäßigen Ausbau der erforderlichen Angebote der Jugendhilfe stärken. Die Anteilfinanzierung des Landes an der örtlichen Jugendförderung (früher Jugendpauschale) hat sich als Förder- und Qualitätssicherungsinstrument bewährt. Deshalb wollen wir diese Erfahrungen durch eine Kinderpauschale auf die Maßnahmen der Jugendämter für mehr Chancengerechtigkeit von Kindern übertragen. Jugend- und Kinderpauschale wollen wir als verlässliche und bedarfsgerechte Landesförderung gesetzlich verankern. Weiterhin wollen wir die Kompetenz der Landesjugendbehörden durch einen Ausbau der Fachberatung für öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe sachgerecht stärken.

Erfurt, September 2008